

Bürgerstiftungen in West- und Ostdeutschland. Entwicklung und Perspektiven

Seit 1996 die Bürgerstiftung als Stiftung "von Bürgern für Bürger" erstmals nach Deutschland kam, verbreitet sich das Modell hierzulande mit großer Dynamik. Inzwischen ist eine bundesweite Bewegung entstanden. In allen Bundesländern existieren Bürgerstiftungen, die Anzahl der Neugründungen ist ungebrochen hoch. Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen lassen sich zwischen Bürgerstiftungen in Ost- und Westdeutschland signifikante Unterschiede feststellen. In den neuen Bundesländern existieren deutlich weniger Bürgerstiftungen, ihr Vermögen beträgt nur die Hälfte. Aber der Osten holt auf: Hier werden immer mehr Bürgerstiftungen initiiert. Der Aufbau von Stiftungskapital bleibt die zentrale Herausforderung. Da die typischen Bürgerstiftungsengagierten weniger aus Vermögen als aus Einkommen stiften, gehört zu einer optimalen Engagementpolitik auch eine auf Nettoentlastung der privaten Haushalte ausgerichtete Fiskalpolitik.

Ab den 1990er Jahren haben sich Bürgerstiftungen zu einem globalen Phänomen entwickelt. Nach dem in Kürze erscheinenden Global Status Report 2008 gibt es aktuell in 50 Ländern dieser Welt mehr als 1.473 Bürgerstiftungen. Seit dem letzten Bericht vor drei Jahren ist die weltweite Bürgerstiftungsbewegung um fast 300 Bürgerstiftungen und einige neue Länder reicher geworden. Eine Entwicklung, die sich der gemeinhin als "Erfinder" der *Community Foundation* geltende Bankier und Anwalt Frederick Goff wohl nicht hat träumen lassen, als er im Jahr 1914 im US-amerikanischen Bundesstaat Ohio die Cleveland Community Foundation ins Leben rief.

Nicht viel später, 1921, gründete im benachbarten Kanada ebenfalls ein Bankier mit der Winnipeg Foundation die erste Bürgerstiftung in Kanada und gleichzeitig die erste außerhalb der USA. Erst 55 Jahre später wurde das Konzept in Europa aufgegriffen, als in England 1976 der Dacorum Community Trust errichtet wurde. Weitere 20 Jahre vergingen, bis die ersten beiden deutschen Bürgerstiftungen entstanden. Bertelsmann-Eigner Reinhard Mohn gab den Impuls und das Startkapital für die 1996 gegründete Stadtstiftung Gütersloh. Parallel versammelte Christian Pfeiffer, Universitäts-Professor und zwischenzeitlich niedersächsischer Justizminister, Freunde und

weitere Mitstreiter um sich und gründete die 1997 rechtlich anerkannte Bürgerstiftung Hannover. Seitdem ist viel passiert. Idee und Konzept der Bürgerstiftung haben in Deutschland Fuß gefasst und verzeichnen eine dynamische Entwicklung.

Bürgerstiftungen in Deutschland. Fakten und Trends

Zum dritten Mal wird die Aktive Bürgerschaft zum 1. Oktober dieses Jahres im „Länderspiegel Bürgerstiftungen“ die Entwicklung von Bürgerstiftungen in Deutschland, insbesondere in den einzelnen Bundesländern, dokumentieren. Aufnahme in die „Länderspiegel“ finden alle Bürgerstiftungen, die jeweils bis zum 31.08. eines Jahres rechtlich anerkannt waren und den „10 Merkmalen einer Bürgerstiftung“ des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen entsprechen. Die Aktive Bürgerschaft prüft für den „Länderspiegel Bürgerstiftungen“ die Satzungen und erhebt Kontakt-, Finanz- und weitere Daten bei den Bürgerstiftungen. Im letzten Erhebungszeitraum beantworteten mehr als 78 Prozent der bestehenden Bürgerstiftungen den Fragebogen. Die wichtigsten Daten sind auch online über die von der Aktiven Bürgerschaft entwickelte „Umkreissuche Bürgerstiftungen“ zugänglich.

Im Jahr 2006 erreichte die Bürgerstiftungsentwicklung in Deutschland ihren bisherigen Höhepunkt. In jeder Arbeitswoche wurde eine neue Bürgerstiftung gegründet. In mehr als 196 Städten, Gemeinden und Regionen waren zum Stichtag 31.08.2007 Bürgerstiftungen aktiv. Fast doppelt so viele wie drei Jahre zuvor, fast viermal so viele wie noch vor fünf Jahren. Nur ein gutes Jahrzehnt nach dem „Import“ des Stiftungsmodells nach Deutschland existieren hierzulande nach den USA die meisten Bürgerstiftungen weltweit.

In allen Bundesländern existierten Bürgerstiftungen, die meisten in Nordrhein-Westfalen (57), gefolgt von Baden-Württemberg (45) und Niedersachsen (33). Positiv hervorzuheben ist die Entwicklung in Baden-Württemberg, wo sich die Anzahl der Bürgerstiftungen, die den „10 Merkmalen“ entsprechen, innerhalb eines Jahres fast verdoppelt hat, womit Baden-Württemberg bei den Neugründungen vorn liegt.

Der Zugang der Menschen zu Bürgerstiftungen variiert regional stark. Aktuell leben in Deutschland 30,7 Millionen Menschen (38 Prozent) in einer Region, in der eine Bürgerstiftung aktiv ist. Betrachtet man hingegen die flächenmäßige Verbreitung, so lässt sich feststellen, dass lediglich 18 Prozent der Gesamtfläche Deutschlands von Bürgerstiftungen bedeckt sind. Bürgerstiftungen sind demnach verstärkt in Ballungsgebieten zu finden. Die Aktive Bürgerschaft geht davon aus, dass mittelfristig weitere 200 bis 300 Bürgerstiftungen entstehen werden und ca. 80 Prozent der Bevölkerung damit Zugang zu einer dieser Stiftungen haben werden.

Gesamtdeutsche Vermögensentwicklung

Der langfristige Vermögensaufbau ist das vornehmliche Ziel von Bürgerstiftungen. Die Aktive Bürgerschaft berechnete das Gesamtvermögen der deutschen Bürgerstiftungen zum 31.08.2007 auf 84,1 Millionen Euro, ein Jahr zuvor waren es noch 60,5 Millionen Euro. Ein Viertel des Vermögens liegt in den verwalteten Treuhandstiftungen (21,4 Millionen Euro). Mit einem Vermögenszuwachs von 38,9 Prozent innerhalb eines Jahres sind die Bürgerstiftungen beim Ausbau des „bürgergesellschaftlichen Eigenkapitals“ ein gutes Stück vorangekommen. Die erfolgreiche Vermögensentwicklung zeigt, dass engagierte Bürger das Stiftungsmodell der Bürgerstiftung gut annehmen und den Stiftungen immer mehr Vermögen zur Verfügung stellen. Aktuell hat das Gesamtvermögen der Bürgerstiftungen die 100 Millionen Euro Grenze bereits überschritten. Genaue Zahlen werden mit dem „Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends 2008“ im Oktober zum Stichtag 31.08.2008 vorliegen.

Im Durchschnitt halten die Bürgerstiftungen ein Stiftungskapital von 429.096 Euro. Allein die zehn vermögendsten Bürgerstiftungen verwalten allerdings 35,5 Millionen Euro und somit 42,2 Prozent des Gesamtvermögens, während fast zwei Drittel der Bürgerstiftungen über ein Stiftungskapital von weniger als 250.000 Euro verfügen. Die durchschnittliche Kapitalausstattung der ostdeutschen Bürgerstiftungen liegt deutlich unter der der Bürgerstiftungen in den alten Ländern. Und auch in weiteren Merkmalen unterscheiden sich die Bürgerstiftungen in Ostdeutschland von denen in der alten Bundesrepublik.

Bürgerstiftungen in Ostdeutschland

Bei der Gründung von Bürgerstiftungen hinkt der Osten dem Westen hinterher. Nur ungefähr jede zehnte Bürgerstiftung liegt in Ostdeutschland einschließlich Berlin. Entsprechend dünn fällt im Osten die Bürgerstiftungsdichte aus.

Hier kommt eine Bürgerstiftung auf 837.000 Einwohner, im Westen ist es eine auf 367.027 Einwohner. Wie die Tabelle zeigt, setzte die Entwicklung der Bürgerstiftungen in den neuen Ländern später ein und verläuft schleppender. Aber ein positiver Trend zeichnet sich ab: Allein in den letzten drei Jahren wurden in den ostdeutschen Bundesländern so viele Bürgerstiftungen gegründet wie in den neun Jahren zuvor zusammen. Vorreiter ist Thüringen mit sechs Bürgerstiftungen, gefolgt von Sachsen (4), Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern (je 3) sowie Sachsen-Anhalt und Berlin (je 2).

Gründungsjahre der ostdeutschen Bürgerstiftungen

Jahr	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Gesamt
Anzahl	0	0	1	2	0	1	1	2	3	4	3	3	20

© Aktive Bürgerschaft 2008

Vermögensaufbau bleibt zentrale Herausforderung, vor allem im Osten

Der Aufbau des Stiftungsvermögens ist ein wesentliches Ziel der Bürgerstiftungen, denn die Erträge des Vermögens sollen vor Ort dauerhaft Jugend, Bildung, Soziales, Kultur und Umwelt fördern. Der auffälligste Unterschied zwischen Bürgerstiftungen in Ost und West liegt in der Kapitalausstattung. Bei Gründung verfügen die ostdeutschen Bürgerstiftungen durchschnittlich über nur gut ein Drittel des Vermögens (Ost: 66.518 Euro, West: 186.821 Euro), auch Jahre später halten sie nur halb so viel Stiftungskapital (Ost: 223.387 Euro, West: 448.633 Euro). Der Vermögensaufbau wird durch die durchbrochene Stiftungstradition und die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland erschwert. Die zentrale Herausforderung für die ostdeutschen Bürgerstiftungen liegt darin, privates Geld und Engagement zu generieren und ein tragfähiges Stiftungsvermögen aufzubauen.

Der Herausforderung des Vermögensaufbaus begegnen die ostdeutschen Bürgerstiftungen zunehmend, indem sie die Verwaltung von Treuhandstiftungen und Fonds anbieten, die sich als besonders erfolgreiche Instrumente für den Kapitalaufbau erweisen. Als einzige ostdeutsche „Bürgerstiftungsmillionärin“ setzt die Bürgerstiftung Dresden konsequent auf individuelle Beratung und Dienstleistungen für Stifter. Andere Bürgerstiftungen werden verstärkt in diesem Bereich aktiv, wie z.B. die Bürgerstiftung Barnim Uckermark mit ihrem Flüchtlingsfonds. Die Stiftung Bürger für Leipzig gewann prominente Unterstützer: Die Band TokioHotel rief mit der Bürgerstiftung einen „Musik-Fonds“ ins Leben, dessen Erträge langfristig für die musikalische Bildung von Kindern und Jugendlichen verwendet werden. Die Bürgerstiftung Weimar konnte einen Stifter dafür gewinnen, einen Fonds einzurichten, dessen Erträge Kindern mit Lernhandicaps zugute kommen. Auch entwickelte sie auf Initiative eines Weimarer Bürgers einen Kinder- und Jugendfonds, der Selbsthilfe und Eigeninitiative von Kindern und Jugendlichen fördert. Der Initiator spendete 50.000 Euro sowie weitere 50.000 Euro als *Matching Fund*, um weitere Weimarer anzustiften. Bisher förderte der Fonds 36 Kinder- und Jugendprojekte mit 95.810 Euro.

Weniger Spendeneinnahmen, mehr Projektförderung

Aufschlussreich ist der Ost-West-Vergleich der jährlichen durchschnittlichen Spendeneinnahmen und Förderausgaben. Wenig überraschend fielen 2006 die Spendeneinnahmen der ostdeutschen Bürgerstiftungen deutlich niedriger aus (Ost: 17.438 Euro / West: 28.718 Euro). Betrachtet man die Projektförderung (ohne Verwaltungskosten), lagen die ostdeutschen Bürgerstiftungen hingegen vorn (Ost: 34.956 Euro / West: 30.146 Euro), schütteten also mehr Geld für die Verwirklichung der Stiftungszwecke aus.

Dies ist erfreulich, weist aber auch auf ein tiefer liegendes Problem hin. Stellt man die Gesamtfördersumme den Einnahmen aus Spenden und Vermögenserträgen gegenüber, bleibt bei den ostdeutschen Bürgerstiftungen 2006 eine Finanzierungslücke von insgesamt gut 90.000 Euro, die westdeutschen hingegen erwirtschafteten einen Überschuss von etwa 3,7 Millionen Euro. Der Fehlbetrag weist darauf hin, dass die ostdeutschen Bürgerstiftungen verstärkt aus öffentlichen Zuwendungen gespeist werden, z.B. aus Bundesprogrammen, die in die Förderung vor Ort fließen. Auch investieren die westdeutschen Bürgerstiftungen offenbar mehr in den Aufbau von Strukturen und führen einen Teil ihrer Erträge dem Vermögensaufbau zu.

Der langfristige Erfolg nicht nur der ostdeutschen Bürgerstiftungen wird davon abhängen, inwieweit sie Eigenkapital aufbauen, um ihre Arbeit auch dauerhaft sicherzustellen. Bürgerstiftungen dürfen sich nicht von öffentlichen Mitteln abhängig machen. Nachhaltig arbeiten können sie nur, wenn sie ihr Stiftungsvermögen aufbauen, indem sie private Gelder von Bürgern und Unternehmen einwerben. Hier ist auch der Gesetzgeber gefordert. Ob und in welchem Maße Bürgerinnen und Bürger zu Zuwendungen an Bürgerstiftungen bereit und in der Lage sind, ist nicht nur eine Frage der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, um die Idee der Bürgerstiftung bekannter zu machen, sondern auch eine Frage der Steuer- und Wirtschaftspolitik. Dass das Stiften und Spenden steuerlich attraktiver geworden ist, dafür hat jüngst das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ gesorgt. Wer sich heute mit Spenden oder Zustiftungen finanziell bürgerschaftlich engagiert, profitiert bei der Steuererklärung davon in höherem Maße als früher. Das war und ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Gleichzeitig besteht aber nach wie vor deutlicher Verbesserungsbedarf, was die finanzielle Nettoentlastung der Privathaushalte angeht. Gerade auch, aber nicht nur, in Ostdeutschland. Bürgerstiftungen sprechen breite Bevölkerungsschichten an. Diese stiften und spenden weniger aus Vermögen als aus Einkommen. Für die Frage der finanziellen Entwicklung der Bürgerstiftungen ist daher zunächst einmal entscheidend, wie viel monatlich in den privaten Portemonnaies ihrer potentiellen Zielgruppen bleibt. Wer aufgrund hoher Steuer- und Abgabenlasten keinen Spielraum für finanzielles bürgerschaftliches Engagement hat, dem nutzt es nichts, dass er heute 20 statt 10 Prozent des Gesamtbetrages seiner Einkünfte steuerlich geltend machen

kann. Zu einer optimalen Engagementpolitik gehört daher auch eine auf Nettoentlastung der privaten Haushalte ausgerichtete Fiskalpolitik.

Weiterführende Literatur

- Stefan Nährlich/Rupert Graf Strachwitz/Eva Maria Hinterhuber/Karin Müller (Hrsg.): Bürgerstiftungen in Deutschland - Bilanz und Perspektiven. Wiesbaden, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006
- Hellmann, Bernadette / Nährlich, Stefan: Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends 2007. Hrsg: Aktive Bürgerschaft e.V. Berlin 2. Aufl. 10/2007.

Im Internet

- Umkreissuche Bürgerstiftungen: Das Online-Verzeichnis der Aktiven Bürgerschaft listet alle Bürgerstiftungen in Deutschland und enthält Kontakt- und Finanzdaten. www.aktive-buergerschaft.de/bsi/service/bsideutschland

Stefan Nährlich ist Geschäftsführer von Aktive Bürgerschaft e.V., dem Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Berlin, www.aktive-buergerschaft.de

Bernadette Hellmann ist Projektleiterin Bürgerstiftungen von Aktive Bürgerschaft e.V.

Kontakt: *stefan.naehrlich@aktive-buergerschaft.de*

bernadette.hellmann@aktive-buergerschaft.de